

Rhein und Rigi sollen vor Gericht ziehen dürfen

Nationalräte wollen der Umwelt einen Rechtsanspruch einräumen und die Bundesverfassung ändern. An der Spitze der globalen Mutter-Erde-Bewegung steht eine Frau aus dem Kanton Zug.



Adrian Schmid

Publiziert: 20.03.2021, 22:08



Doris

Ragettli ist Mitgründerin der weltweiten Mutter-Erde-Bewegung.

Foto: Tina Sturzenegger

Der Spöl, der vergiftete Bergbach im Nationalpark im Engadin, würde sicher vor Gericht ziehen. Die verseuchten Fische und Uhus aus der Gegend ebenso. Wenn sie nur könnten. [Das ganze Ökosystem ist belastet](#), seit 2016 bei Sanierungsarbeiten an einer Staumauer Chemikalien in das Gewässer gelangten und sich danach im ganzen Tal verbreiteten.

Die Natur als Klägerin in einem Prozess: Das mag im ersten Moment seltsam erscheinen. Doch rund um den Globus gewinnt eine Bewegung an Einfluss, die genau diesen revolutionären Ansatz fordert. Nicht nur Menschen, Firmen, Vereine oder Stiftungen sollen Rechtspersonen sein, sondern auch Tiere, Pflanzen, Ökosysteme - schlicht die ganze Natur. Die Verfechter sehen darin das einzig wirksame Mittel, um die Erde vor der Zerstörung durch den Menschen zu schützen.

Erste Flüsse sind schon Rechtspersonen

Mittlerweile sind es nicht mehr nur Umweltschützer und Philosophen, welche diesen einschneidenden Umbau des Rechtssystems propagieren. Immer mehr findet die Idee auch in der Politik und breiten Bevölkerung Anklang. Die Zahl der Länder, in denen der Natur Rechte eingeräumt werden, nimmt stetig zu.

In Kanada wurde kürzlich ein Fluss als juristische Person anerkannt. In Neuseeland hat ein Fluss diesen Status schon seit ein paar Jahren. In Kolumbien hat das oberste Gericht das Amazonas-Gebiet als Rechtsperson bestätigt. In den USA stimmten die Bürgerinnen und Bürger eines Bezirks in Florida nicht nur dafür, dass die Menschen ein Recht auf sauberes Trinkwasser haben. Sie sprachen auch den Flüssen und Bächen Rechte zu. Und auch Papst Franziskus hat schon gepredigt, dass der Umwelt ein Recht zugestanden werden soll.

Weltweiter Vorreiter ist Ecuador. Im südamerikanischen Land wurde die Mutter Erde bereits 2008 als Rechtssubjekt in der Verfassung verankert. Seither wurden über zwei Dutzend Gerichtsfälle verhandelt. Nach Klagen von Bürgern wurde ein Strassenbau-Projekt an einem Fluss gestoppt, der Bau einer Goldmine vereitelt oder Leute zur Rechenschaft gezogen, die 6000 tote Haie an Bord eines Schiffes transportiert hatten.

Politiker von links bis rechts dabei

Jetzt nimmt die Bewegung auch in der Schweiz richtig Fahrt auf. Grüne Politikerinnen stellten im Nationalrat bereits die Forderung, Gletscher sollten als Rechtspersönlichkeiten anerkannt werden. In der Westschweiz formierte sich eine Gruppe, welche die Rhone zum Rechtssubjekt erklären will. Erste solche Bestrebungen gibt es auch beim Rhein.



Das Rheinufer von Diepoldsau zum Bodensee wurde nach ergiebigen Regenfaellen gesperrt. (Archivbild)

Foto: Gian Ehrenzeller (Keystone)

Eine Gruppe von fünf Nationalrätinnen und Nationalräten aus allen politischen Lagern wagt jetzt aber den grossen Wurf. Sie verlangt in parlamentarischen Initiativen nichts weniger als eine Änderung der Bundesverfassung. Dort soll künftig nicht nur das Recht des Menschen auf eine gesunde Umwelt verankert sein. Zumindest partiell soll auch die Natur die Stellung einer Rechtsperson erhalten. «Es muss nicht gleich jeder einzelne Baum ein Rechtssubjekt werden, aber

zusammenhängende Ökosysteme beispielsweise schon», sagt die grüne Nationalrätin Marionna Schlatter.



Diese fünf Nationalrätinnen und Nationalräte wollen die Verfassung ändern: Jon Pult (SP), Anna Giacometti (FDP), Marionna Schlatter (Grüne), Nik Gugger (EVP) und Beat Flach (GLP).
Foto: Béatrice Devènes (zvg)

Auch Bürgerliche unterstützen die Idee. «Der Klimawandel trifft nicht nur linke und grüne Parteien, sondern uns alle», sagt FDP-Nationalrätin Anna Giacometti. Als ehemalige Präsidentin der Bündner Gemeinde Bregaglia ist sie besonders für das Thema sensibilisiert. Nationale Bekanntheit erlangte sie 2017 nach dem Bergsturz von Bondo.

Eine treibende Kraft der Schweizer Bewegung ist der Liedermacher Linard Bardill. «Als Musiker trete ich oft allein auf, die Welt hingegen können wir nicht solistisch retten», sagt er. Eine Ökodiktatur sei der falsche Weg. Es gehe nur gemeinsam. Im Herbst plant Bardill in Pontresina ein World Ethic Forum, bei dem die Rechte der Erde im Zentrum stehen werden. Als Revolutionär sieht er sich jedoch nicht. «Revolutionen haben zu viel Zerstörungskraft. Hier geht es vielmehr um einen Quantensprung.»

Schweizerin will UNO zu Sinneswandel bewegen

Tatsächlich steht sogar eine Schweizerin an der Spitze der globalen Mutter-Erde-Bewegung: Doris Ragetti. Sie ist in einem kleinen Dorf in Graubünden aufgewachsen, lebte zwischenzeitlich in New York und hat sich mittlerweile im Kanton Zug niedergelassen. 2010 war sie Mitbegründerin der Organisation Rights of Mother Earth. Sie konnte ihr Anliegen bereits bei der UNO vortragen. Dort strebt sie nun eine Deklaration zu den Rechten der Mutter Erde an. [Die Unterschriftensammlung für eine Petition läuft.](#)

Ragetti vergleicht die heutige Situation mit der nach dem Zweiten Weltkrieg, als die UNO die Menschenrechts-Erklärung verabschiedete. «Jetzt geht es allerdings nicht mehr allein um die Menschen, sondern um die Natur», sagt sie. In den letzten 40 Jahren seien fast 60 Prozent der Biodiversität verloren gegangen. Für eine nachhaltige Zukunft reichten Menschenrechte ohne Rechte der Natur nicht mehr aus. «Daher brauchen wir eine UNO-Deklaration und die Anerkennung der Rechte der Natur im Rechtswesen.»

Heutige Instrumente greifen zu wenig

Wie sinnvoll wäre es, dass sich auch die Schweiz der globalen Bewegung anschliesst? Elisabeth Bürgi Bonanomi, Dozentin für Recht und Nachhaltige Entwicklung an der Universität Bern, sagt: «Die globale Bewegung, der Natur Rechte einzuräumen, ist ein Versuch, die Justiz stärker einzubinden.» Die dritte Gewalt soll also mehr Gewicht in der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele erhalten. Dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht, räumt auch die Expertin ein: «Wie die Erfahrung zeigt, reichen die heutigen Instrumente nicht aus, um die grossen Herausforderungen im Umweltbereich zu bewältigen.»

In der Schweiz gibt es zwar verschiedene Möglichkeiten, um gegen Umweltschäden vorzugehen. Ein bekanntes Instrument ist das Verbandsbeschwerderecht. Dieses ist jedoch auf einzelne Projekte beschränkt und nur einigen Verbänden vorenthalten. Auch deshalb sagt der ebenfalls involvierte SP-Nationalrat Jon Pult: «Mit der heutigen Verfassung sind wir zu wenig für die Umweltkrise gewappnet. Wir müssen sie deshalb aufmotzen.»

Für Bundesrat «schwer vorstellbar»

Ob der Bundesrat das auch so sieht, ist fraglich. Die Anerkennung von Gletschern hat er bereits abgelehnt. Dies würde «unserem Rechtsverständnis zuwiderlaufen», heisst es in einer Antwort auf einen Vorstoss. Zudem sei es «schwer vorstellbar, wie eine Rechtspersönlichkeit den Schutz der Gletscher tatsächlich verbessern würde». Schliesslich befänden sich diese schon heute in Schutzzonen.

Dass es grossen Widerstand geben wird, ist allen Beteiligten klar. Sie stellen sich auf einen zähen Kampf ein. Linard Bardill verweist auf das Frauenstimmrecht, bei dem es auch mehrere Anläufe brauchte. Sollte es aber klappen - der Spölbach, die Uhus und Fische im Engadin würden es sicher verdanken. Denn dort streiten sich die Menschen bis heute um eine Sanierung.